

KOREA

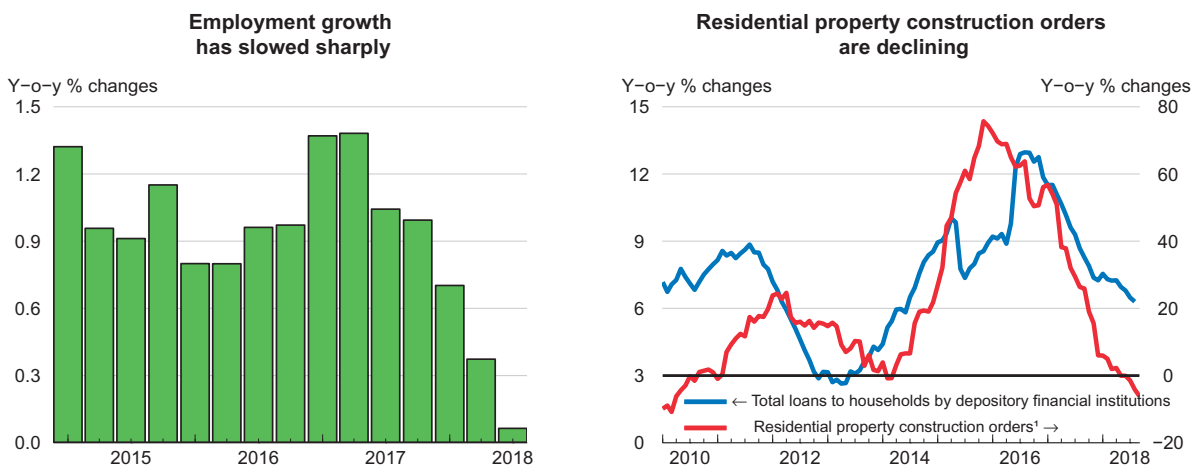
Das Wirtschaftswachstum wird den Projektionen zufolge bis Ende 2020 nahe bei 3% liegen, da fiskalische Impulse das durch zweistellige Anhebungen des Mindestlohns 2018-2019 und eine Umstrukturierung im Verarbeitenden Gewerbe bedingte schwache Beschäftigungswachstum ausgleichen. Maßnahmen zur Stabilisierung des Wohnimmobilienmarkts haben zu einem Rückgang der Wohnungsbauaufträge geführt. Die Inflation wird ausgehend von gegenwärtig 1½% in Richtung der Zielvorgabe von 2% ansteigen, während der Leistungsbilanzüberschuss bei über 5% des BIP verharren wird.

Die Mindestlohnanhebungen sollten verlangsamt werden, um negative Beschäftigungseffekte zu vermeiden. Die Strategie eines „einkommensinduzierten Wachstums“, die auf Mindestlohnanhebungen sowie einem Anstieg der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und höheren Sozialausgaben basiert, muss durch Reformen zur Reduzierung des Produktivitätsgefälles zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor sowie zwischen großen und kleinen Unternehmen unterstützt werden. Die kurzfristigen fiskalischen Impulse sollten durch einen langfristigen Haushaltsrahmen zur Bewältigung des demografischen Wandels flankiert werden, da Korea das OECD-Land ist, dessen Bevölkerung am schnellsten altert. Da die Inflation unter der Zielvorgabe liegt, sollte die Rücknahme der akkommodierenden Geldpolitik nur allmählich erfolgen.

Die Inlandsnachfrage hat sich verlangsamt

Bedingt durch eine Verlangsamung der Anlageinvestitionen und der Beschäftigungsentwicklung sank das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion 2018 auf unter 3%. Nachdem sich das Beschäftigungswachstum von 1,2% im Jahr 2017 auf 0,4% in den ersten drei Quartalen 2018 verlangsamt, stieg die Arbeitslosenquote zum ersten Mal seit 2010 auf 4%. Die 2018 vorgenommene Anhebung des Mindestlohns um 16,4% und die Umstrukturierung im Verarbeitenden Gewerbe haben sich negativ auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt, wengleich eine Belebung des Lohnwachstums den Effekt auf die Einkommen der privaten Haushalte und den privaten Verbrauch begrenzt. Aufgrund strengerer Rechtsvorschriften für

Korea



1. A 24-month moving average.

Source: Statistics Korea; OECD Economic Outlook 104 database; and Bank of Korea.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933876974>

Korea: **Demand, output and prices**

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices KRW trillion	Percentage changes, volume (2010 prices)				
GDP at market prices	1 564.1	2.9	3.1	2.7	2.8	2.9
Private consumption	771.2	2.5	2.6	2.8	2.7	2.8
Government consumption	234.8	4.5	3.4	5.2	6.5	5.6
Gross fixed capital formation	458.4	5.6	8.6	-2.2	-0.6	2.1
Final domestic demand	1 464.4	3.8	4.7	1.6	2.3	3.1
Stockbuilding ^{1,2}	- 9.2	0.0	0.4	0.0	-0.2	0.0
Total domestic demand	1 455.2	3.8	5.1	1.6	2.1	3.1
Exports of goods and services	709.1	2.6	1.9	4.7	4.5	3.4
Imports of goods and services	600.2	4.7	7.0	1.9	3.1	4.1
Net exports ¹	108.9	-0.7	-1.7	1.3	0.8	-0.1
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	2.0	2.3	0.7	2.0	2.1
Consumer price index	—	1.0	1.9	1.6	1.9	1.9
Core inflation index ³	—	1.9	1.5	1.2	1.6	1.9
Unemployment rate (% of labour force)	—	3.7	3.7	3.9	4.0	4.0
Household saving ratio, net (% of disposable income)	—	8.7	8.8	9.0	8.6	8.4
General government financial balance (% of GDP)	—	2.4	2.8	2.7	2.1	1.6
General government gross debt (% of GDP)	—	45.1	44.5	43.3	43.3	43.8
Current account balance (% of GDP)	—	7.0	5.1	5.2	5.5	5.4

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

2. The actual amount for 2015 includes statistical discrepancy equal to KRW -3.1 trillion.

3. Consumer price index excluding food and energy.

Source: OECD Economic Outlook 104 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933877905>

die Hypothekenkreditvergabe begannen die Wohnungsbauaufträge Mitte 2018 zu sinken. Die Kerninflation ist im Kontext der verhaltenen Inlandsnachfrage, der staatlichen Maßnahmen zur Senkung der Bildungs- und Gesundheitskosten und der Senkung der Mehrwertsteuer auf Pkw auf 1% gesunken. Die Exporttätigkeit hat trotz der Verlangsamung des internationalen Handels weiter kräftig expandiert.

Konjunkturstützende makroökonomische Maßnahmen sollten durch Struktur-reformen flankiert werden

Die Regierung reagiert auf die schwächere Inlandsnachfrage mit fiskalischen Impulsen. Die Ausgaben sollen 2019 um 9,7% steigen, der höchste Wert seit 2009 nach der weltweiten Rezession. Prioritär sind hierbei Ausgaben für die soziale Sicherung sowie für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die voraussichtlich um 22% steigen werden. Zusätzlich zielt die Regierung darauf ab, die Beschäftigung im öffentlichen Sektor im Zeitraum 2017-2022 um 34% auszuweiten. Trotz der höheren Ausgaben wird der gesamtstaatliche Haushalt 2019 weiterhin einen Überschuss aufweisen, der sich auf rd. 2% des BIP belaufen wird. Zugleich ist die Staatsverschuldung mit knapp 45% des BIP niedrig.

Der Leitzins verharrt seit Ende 2017 bei 1,5%. Da der Verbraucherpreisauftrieb unter 2% beträgt, sollte die Geldpolitik nur allmählich normalisiert werden. Die Geldpolitik muss zudem die potenziellen Risiken für die Finanzstabilität berücksichtigen, darunter die Kapitalflüsse und die Verschuldung der privaten Haushalte, die im ersten Halbjahr 2018 mit

einem Tempo von 8% stieg. 2017 lag die Verschuldung der privaten Haushalte bei 186% des verfügbaren Nettoeinkommens, womit sie nach wie vor den privaten Verbrauch hemmt.

Die Verbesserung der Arbeitsproduktivität, die 46% unter dem Wert der hier führenden Hälfte der OECD-Länder liegt, ist zunehmend wichtig für das Wachstum, da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2017 ihren Höchststand erreicht hat. Von oberster Priorität ist dabei eine Regulierungsreform, die den Schwerpunkt auf den Dienstleistungssektor legt, wo die Arbeitsproduktivität weniger als halb so hoch ist wie im Verarbeitenden Gewerbe Koreas. Außerdem sind Politikmaßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Tätigkeit und zur Steigerung der Produktivität in KMU erforderlich, um ein inklusives Wachstum zu fördern. Eine weitere Priorität besteht darin, die Beschäftigungsquoten der Frauen zu erhöhen und das Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen zu verringern, das mit 37% das höchste im OECD-Raum ist.

Es wird mit einem stabilen Wachstum gerechnet

Das Produktionswachstum wird voraussichtlich nahe bei 3% verharren, trotz verhaltener Beschäftigungszuwächse 2019, die z.T. durch die Anhebung des Mindestlohns um weitere 10,9% bedingt sind. Weitere hohe Lohnsteigerungen im Zuge des Versprechens der Regierung, den Mindestlohn drastisch anzuheben, würden das Wachstum der Beschäftigung und der gesamtwirtschaftlichen Produktion dämpfen. Die Verbesserung der Beziehungen zu Nordkorea stellt einen Meilenstein dar und könnte auch positive wirtschaftliche Auswirkungen haben. Außerdem würden Fortschritte bei den Strukturreformen, mit denen die Produktivität in rückständigen Sektoren verbessert werden soll, das Produktionswachstum ankurbeln. Der Handelsprotektionismus gibt jedoch weiter Anlass zu Besorgnis: Da Vorleistungsgüter vier Fünftel der Exporte Koreas nach China, dem größten Handelspartner des Landes, ausmachen, ist Korea anfällig gegenüber höheren Importhemmnissen für chinesische Ausfuhren in die Vereinigten Staaten.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2018), "Korea", in *OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-30-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.